

# Dresdner Geschichtsblätter

herausgegeben  
Verein für Geschichte Dresdens



XIX. Jahrgang

1910

Nr. 4.

Von diesen Blättern erscheinen jährlich 4 Nummern im Umfange von 1½ bis 3 Bogen. Bestellpreis für den Jahrgang 3 Mark. Die Vereinsmitglieder erhalten die Blätter unentgeltlich zugesandt.

## Die Stimmung der Dresdner Bürger im Schmalkaldischen Kriege 1546—47.

Von Dr. phil. O. A. Hecker.

In einem früheren Aufsätze (Jahrg. 1909 Nr. 1) habe ich den Lesern der Dresdner Geschichtsblätter die allgemeine politische Bedeutung der alten Residenzstadt in den Wirren des Schmalkaldischen Krieges geschildert. Damals konnte ich wohl die regierungsfeindliche Stimmung der Bürger nach den Berichten der herzoglichen Räte mit einigen wenigen Worten skizzieren, aber ein wirklich bestimmtes Bild davon infolge des Fehlens weiterer Anhaltspunkte noch nicht geben. Unterdessen habe ich nun die Protokolle über die Ergebnisse der Untersuchung aufgefunden, die Kurfürst Moritz nach dem Kriege gegen alle des Ungehorsams Verdächtigen einleiten ließ. Es dürfte vielleicht die Leser des vorigen Aufsatzes interessieren, wie sich nach eben diesen Protokollen die Stimmung und Haltung der Dresdner Bürger zu der großen Frage der Zeit darstellt.

Bekanntlich hatte der Kaiser Karl V. den Krieg gegen die Häupter des Schmalkaldischen Bundes, den Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen und den Landgrafen Philipp von Hessen, offiziell nur für einen Reichskrieg gegen ungehorsame Fürsten erklärt und ausdrücklich immer geleugnet, daß der Kampf zugleich auch dem ganzen Luthertum gelten sollte. Er hatte es infolgedessen verstanden, auch mehrere protestantische Reichsfürsten, darunter selbst den streng lutherischen Bruder des Brandenburger Kurfürsten, den Markgrafen Hans von Küstrin, für seine Sache zu gewinnen und die Reichsmacht gegen Johann Friedrich und Philipp, die vor-

geblichen Verlezer seiner kaiserlichen Autorität, durchzudrücken. Die bedeutendste Erscheinung unter seinen protestantischen Bundesgenossen war aber unstreitig Moritz von Sachsen. Im Regensburger Vertrag vom 19. Juni 1546 hatte dieser, nachdem er sich durch die vorhergehenden Besprechungen mit dem Vertrauten des Kaisers, dem Kanzler Granvella, gegen alle gewaltsame Unterdrückung der neuen Lehre gesichert meinte, versucht, aus dem vorausgesehenen Zusammenbruch Johann Friedrichs soviel als möglich für sich und das Haus Sachsen zu retten. Er glaubte vielleicht zunächst noch, nach dem Wortlaut des Vertrages, nicht selbst gegen den Vetter das Schwert ziehen zu müssen und auch bei einfacher Neutralität seinen Vorteil finden zu können, aber da war doch seine Staatskunst der habsburgischen noch lange nicht gewachsen. Er mochte wollen oder nicht, der Vertrag mit den Habsburgern zwang ihn von selbst zum offenen Kampfe, wenn er nicht eben alle Ansprüche auf des Veters Lande aufgeben wollte. Trotzdem hat er solange als es überhaupt möglich war versucht, seine Neutralität aufrecht zu erhalten, auch sorgte er auf Wunsch seiner Landschaft nach dem Landtage von Chemnitz (Juli 1546) noch für eine offizielle Erklärung des Kaisers in der Religionsache, und wirklich erlangte er von ihm am 29. Juli 1546 die Versicherung, daß der Krieg von ihm nicht geführt werde, um „die christenlich Religion und das Wort Gottes (wie Uns ellich mit Ungrund auflegen und in die Leute tragen) mit dem Schwert zu vertilgen“<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Brandenburg, Polit. Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz II, 753. — Zur Auffassung des Regensburger Vertrages vgl. Brandenburg: Der Regensburger Vertrag usw. in der Histor. Ztschr. Bd. 80, S. 1 flg.